

PRESSEAUSENDUNG

Österreichische Forschungsgemeinschaft: Künftige Wissenschaftspolitik muss Potential der Universitäten stärken

Nachdem sich alle Parteien für einen Ausbau der Universitäten und eine Stärkung der Forschung in Österreich aussprechen, bieten die bevorstehenden Verhandlungen zur Regierungsbildung aus der Sicht der Österreichischen Forschungsgemeinschaft eine hervorragende Chance für markante wissenschaftspolitische Weichenstellungen.

Um die autonomen Universitäten als leistungsfähige Orte der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zu erhalten und ihre Konkurrenzfähigkeit im internationalen Kontext zu sichern, muss ihr Potential nachhaltig gestärkt werden. Dabei sollen nach Auffassung der ÖFG die folgenden zentralen Prinzipien maßgeblich sein:

1. Die **Autonomie der Universitäten** soll weiterhin das maßgebliche Organisationsprinzip für die wissenschaftliche Forschung und Lehre in Österreich bleiben. Der Weg in die Autonomie hat für die Universitäten eine enorme organisatorische Herausforderung dargestellt, die bisher von den Universitätsverantwortlichen erfolgreich bewältigt wurde. Entscheidend ist es, die Universitäten bei ihrem Weg in die Autonomie auch weiterhin zu unterstützen. Vor allfälligen Änderungen im Bereich des Organisationsrechts müssten die bisherigen Erfahrungen mit der Umsetzung des Universitätsgesetzes evaluiert werden, um nicht die Universitäten durch permanente oder überstürzte Organisationsreformen in ihrer Leistungsfähigkeit einzuschränken.
2. Die erfolgreiche selbständige Tätigkeit des Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung (FWF) ist weiter auszubauen. Eine **Erhöhung der vom FWF vergebenen Mittel für Grundlagenforschung um mindestens 50 Prozent** ist der beste Weg um mittelfristig sowohl erkenntnis- als auch anwendungsorientierte Forschung zu stärken.
3. Um die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wissenschaftseinrichtungen langfristig zu sichern, sind zur **Förderung der Mobilität im Forschungsbereich** dringend Internationalisierungsstrategien zu entwickeln. Dabei müssen für Forscher, vor allem junge Wissenschaftler, die Möglichkeiten zur Teilnahme an internationalen Fachtagungen und für kurzfristige Forschungsaufenthalte im Ausland ausgebaut werden.

Wien, am 12.10.2006